



## Änderungsantrag

TOP:  
Vorlagen-Nummer: **VII/2024/07156**  
Datum: 24.04.2024  
Bezug-Nummer.  
PSP-Element/ Sachkonto:  
Verfasser: Scholtyssek,  
Andreas

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	24.04.2024	öffentlich Entscheidung

**Betreff:** Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Satzung über Kostenbeiträge für die Nutzung der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen in der Stadt Halle (Saale)

### Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt, als Teil einer mehrstufigen Anpassung, zum 01.08.2024 eine Anpassung von maximal 50% der geplanten Anhebung (gemäß Anlage 1) der Kostenbeiträge für die Nutzung der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen in der Stadt Halle (Saale) ~~die Satzung über Kostenbeiträge für die Nutzung der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen in der Stadt Halle (Saale) – gemäß Anlage 1.~~
2. Die Kostenbeiträge werden im Rhythmus von 2 Jahren an die allgemeine Kostenentwicklung angepasst.

Gez. Andreas Scholtyssek  
Vorsitzender CDU-Fraktion

### **Begründung:**

Der von den Fraktionen beschlossene Haushalt der Stadt Halle (Saale) sieht ab dem Jahr 2024 erhöhte Kostenbeiträge für Kindertageseinrichtungen vor. Auch in Erwartung dieser Einnahmen, konnte ein genehmigungsfähiger Haushalt aufgestellt werden.

Die Stadt benötigt dringend die Einnahmen, um die gestiegenen Gehälter der Mitarbeiter in den Kitas sowie höhere Ausgaben u.a. für Energie und Service bezahlen zu können und um die hohen Qualitäts- und Fachstandards in der Stadt Halle zu halten und auszubauen zu können. Jedoch waren die Gebühren zuvor über ein Jahrzehnt nicht angepasst wurden. Deswegen ist der geplante Schritt bei der Anhebung der Gebühren nun relativ groß und stellt eine Belastung für viele Familien mit Kindern in den Kitas dar. Die zahlreichen Beschwerden über die Erhöhung sind dahingehend verständlich. Um die Erhöhung abzumildern schlagen wir deswegen eine behutsame Anpassung der Gebühren vor. Unser Änderungsantrag ist ein Kompromissvorschlag, damit die Belastungen für die Eltern gemindert, die Blockade im Stadtrat aufgelöst und die städtischen Finanzen stabilisiert werden können.